

PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 29. AUGUST 2019



UNSER ZIEL: DAS LEBEN DER MENSCHEN IN DEN QUARTIEREN BESSER MACHEN

„Um es klar zu sagen: Wir wollen Bremen und Bremerhaven besser machen.“ So fasste der SPD-Fraktionsvorsitzende, Mustafa Güngör, heute in der Bürgerschaft den rot-grün-roten Koalitionsvertrag zusammen. Und dabei ging er auch konkret auf die Prioritäten des Regierungsbündnisses ein: Bildung, soziale und Stadtteilgerechtigkeit und Klimaschutz.

Die Ziele und Vorhaben der rot-grün-roten Koalition waren heute das Thema in der Bürgerschaft. Bürgermeister Andreas Bovenschulte hatte zunächst in einer Regierungserklärung über eine Stunde lang diese Ziele umrissen. In der anschließenden Debatte benannte für die SPD-Fraktion ihr Vorsitzender Mustafa Güngör zentrale Vorhaben für die Arbeit der Koalition: „Was ist eigentlich das Verbindende der Menschen, die in Bremen und Bremerhaven leben? Ich glaube, für sehr viele ist es sehr naheliegend: ihr eigenes Quartier – ihre eigene Nachbarschaft. Dass sich dort spürbar etwas verbessert, dass dort ein besseres Leben möglich wird und insbesondere dort, wo das Leben der Menschen nicht auf Rosen gebettet ist, investiert wird.“ Dabei liege ein Schwerpunkt der Koalition zum Beispiel auf der Sicherheit und Sauberkeit vor Ort. Zudem solle der Ausbau der Quartierszentren vorangetrieben sowie das Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ weiterentwickelt und aufgestockt werden. Und mit einem „Landesprogramm Quartiere“ solle die Arbeit konkret vor Ort intensiviert werden.

„Die Teilhabe von Familien ist uns ein weiteres besonderes Anliegen“, betonte Güngör. Und diese Teilhabe dürfe nicht vom Geldbeutel abhängig sein. So sei ein zentrales Vorhaben der Koalition, dass Kinder und Jugendliche bis zum 16. Geburtstag für einen Euro schwimmen gehen können und alle weiteren Eintrittspreise unter sozialen Aspekten überarbeitet werden.

Zentral sei auch der Bereich Kinder und Bildung, erklärte Güngör. Die Koalition werde für mehr Ganztagschulen sorgen und den Kita- und Schulausbau beschleunigen. Zudem müsse sich Bremen der Aufgabe stellen, dem Fachkräftemangel zu begegnen und mehr Lehrerinnen und Lehrer in die Schulen zu holen. Güngör betonte zudem, dass die Inklusion personell besser ausgestattet sowie zielgerichtet diejenigen Kitas und Schulen gestärkt werden sollen, die vor besonderen Herausforderungen und Problemen stehen. „Diese Probleme gibt es aus vielerlei Gründen, aber vor allem gibt



es sie, weil die Lebensverhältnisse in unseren Stadtteilen zunehmend ungleich sind“, sagte er und betonte: „Ungleiches darf man nicht gleich, sondern man muss es ungleich behandeln. Es ist daher richtig, die nach wie vor knappen zusätzlichen Finanzmittel, die wir haben, nicht ausschließlich, aber vorrangig dort einzusetzen, wo wir vor den größten Problemen stehen.“

„10.000 zusätzliche Wohneinheiten – dafür werden wir in dieser Legislaturperiode die Voraussetzungen schaffen und unter anderem durch die Anhebung der Sozialbau-Quote auf 30 Prozent dafür sorgen, dass vor allem auch mehr bezahlbarer Wohnraum entsteht“, so der Sozialdemokrat weiter. Zudem nannte er eine nachhaltige Gewerbeflächenentwicklung als Schwerpunkt und kündigte an, dass Bremen seine Vorbildrolle beim Thema „Gute Arbeit“ ausbauen und insbesondere langzeitarbeitslosen Menschen eine Perspektive bieten werde. Auch im Bereich Ausbildung würden konkrete Maßnahmen auf den Weg gebracht, um Betriebe zu unterstützen. Und Güngör betonte, die Koalition stehe für eine sozial gerechte Politik, die sich dem Klimawandel stelle. „Für uns steht fest: Ja, wir brauchen eine radikale Energie- und Verkehrswende –

und ja, wir müssen diese beiden radikalen Schritte sozialverträglich gestalten, damit die Klima-Kosten am Ende nicht an denen hängen bleiben, die wenig haben“, sagte er. „Deswegen werden wir beispielsweise die Kostenstruktur unseres ÖPNV überprüfen – und zwar in alle Richtungen aber mit einem Ziel: Der ÖPNV muss nicht nur vom Angebot, sondern auch von den Kosten her attraktiver für die Menschen in unseren Städten werden – und langfristig kostenlos.“

Güngör stellte zudem heraus, dass die Koalition sich an die Verpflichtungen der Schuldenbremse halten werde. „Wir versprechen – und das ist ein deutlicher Unterschied zur CDU-Fraktion – den Menschen in dieser Stadt eben nicht das Blaue vom Himmel. Wir werden in den Haushaltsberatungen Prioritäten setzen – und setzen müssen. Diese Prioritäten werden auf Bildung, sozialer und Stadtteilgerechtigkeit und Klimaschutz liegen“, sagte Güngör abschließend und betonte: „Für diese Koalition und besonders die SPD steht der gesellschaftliche Zusammenhalt im Mittelpunkt – mit dem klaren Auftrag, das Leben der Menschen in den Quartieren besser zu machen.“

ANTRAG CHRISTOPHER STREET DAY PARLAMENT ZEIGT REGENBOGENFLAGGE



Am kommenden Sonnabend ist in Bremen wieder Christopher Street Day, der Tag, an dem Schwule, Lesben, Bisexuelle und Transgender auf die Straße gehen und gegen Diskriminierung und Ausgrenzung demonstrieren. Vor dem Haus der Bürgerschaft wird an diesem Tag wieder die Regenbogenfahne wehen. Das hat das Parlament heute mit den Stimmen fast aller Fraktionen beschlossen.

„Das Leben ist bunt – bunter als manche sich wünschen wollen“, sagte Antje Grotheer, Sprecherin für Queer-Politik der SPD-Fraktion. „Für das Bunte steht die Regenbogenfahne.“ Und diese Fahne wird am Sonnabend, wenn



Antje Grotheer

in Bremen Christopher Street Day ist, vor dem Haus der Bremischen Bürgerschaft wehen. Das hat die Bürgerschaft heute mit den Stimmen von SPD, Grünen, Linken, CDU und FDP beschlossen.

„Wir wollen damit nicht Toleranz ausdrücken, denn dieses Wort heißt in seiner ursprünglichen Bedeutung ‚aushalten‘“, so die Sozialdemokratin weiter. „Wir wollen unsere Wertschätzung zeigen gegenüber allen Lebensentwürfen, die wir in Bremen vorfinden – so wie wir es in

den vergangenen Jahren schon getan haben. Und ich freue mich auch, dass unser Ausweichen als Parlament ins Rathaus den Anlass dafür bietet, dass auch hier die Regenbogenfahne am Sonnabend wehen wird.“

Grotheer abschließend: „Wir wollen als Parlament am Sonnabend ein Zeichen setzen: Für Respekt, Wertschätzung, Anerkennung und Akzeptanz. Deswegen werden wir Flagge zeigen.“